

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Anzeigen
Zahlen die einseitige Kolonelle
oder deren Raum 20 Wfg.
Reklamen 60 Wfg.

Bezugspreis
monatlich 90 Wfg., mit Bringer-
lohn 95 Wfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2,55 Mit.
auschl. Bestellgeb.

Erschein: Dienstage,
Donnerstage, Samstage
Druck und Verlag

Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 80.

Samstag, den 12. Juli 1919.

27. Jahrgang

5572/A. **Avis!**

Le poids maximum des
paquets postaux est fixé à
1 kg.

Le poids maximum des
colis postaux est fixé à
25 kg à l'intérieur des
territoires occupés et entre
les territoires occupés et
l'Allemagne non occupée,
et à 5 kg entre les terri-
toires occupés et les pays
alliés ou neutres.

Wiesbaden, den 8. Juli 1919.

Le Commandant de Juvigny,
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

5571/A. **Avis!**

Par ordre du Général
Commandant la Xe. Armée,
devront être immédiatement
saisis sous les exemplaires
de la brochure intitulée:
„Manuel de conservation
galante à l'usage du Philu-
amoureux“.

Les détenteurs de ces
brochures les apporteront
à l'Administrateur militaire
du Cercle de Wiesbaden
(Campagne) jusqu'au 18.
juillet inclus.

Wiesbaden, den 8. Juli 1919.

Le Commandant de Juvigny,
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

Avis!

Le dimanche 13 juillet en
l'honneur de la fête nationale
française, une grande retraite
aux flambeaux avec le con-
cours des musiques du 3.
régiment et du 173. R. I.
passera devant le Palais
impérial de Wiesbaden à
10 heures du soir.

Wiesbaden, le 11. juillet 1919.

Le Commandant de Juvigny,
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

Das Abkommen über die besetzten Gebiete.

(Letzte Drahtmeldung.)

Amz. Versailles, 11. Juli. Heute Nachmittag
land im Trianon-Palast die erste Begegnung zwischen der
deutschen Kommission für die besetzten Rheinlande und
den Vertretern der Besatzungsmächte statt. Den Vorsitz
führte auf deutscher Seite Unterstaatssekretär im Reichs-
ministerium des Innern, auf Seiten der Alliierten der Ver-
treter Frankreichs, Douhaire. Unterstaatssekretär des Innern
sagte aus, die deutsche Regierung sei sich bewusst, daß
an dem Wortlaut des Abkommens, nachdem es gegenseitig
und deutschseits ratifiziert worden sei, nichts mehr ge-
ändert werden könne. Er hob jedoch hervor, daß ein
genaues Studium und die Kenntnis der Vorgänge in
verschiedenen rheinischen Landesstellen, insbesondere der
Besatzungszone, zeige, daß es auf zahlreichen Gebieten

Bekanntmachung!

Das Höchstgewicht der
Postpakete ist auf 1 kg
festgesetzt, (d. h. der Pakete,
die mit Postzeichen fran-
kieren werden).

Das Höchstgewicht für
Postfrachtstücke ist auf 25 kg
innerhalb der besetzten Ge-
biete und zwischen dem be-
setzten und unbesetzten
Deutschland festgesetzt.

Das Höchstgewicht für
Postfrachtstücke zwischen dem
besetzten Gebiet und den
alliierten oder neutralen
Ländern ist auf 5 kg fest-
gesetzt.

noch besonderer Verständigungen über Einzelfragen be-
dürfte, um die knappen Bestimmungen des Abkommens
in die Praxis umzusetzen. Der Wortlaut des Abkom-
mens lasse zu verschiedenen Auslegungen Raum und habe
deshalb in ganz Deutschland schwere Besorgnisse hervor-
gerufen. Es liege daher im beiderseitigen Interesse, daß
über die Auslegung volle Klarheit geschaffen werde.
Unterstaatssekretär des Innern betonte, daß den Bewohnern
des besetzten Rheinlandes in der Ausübung ihrer
staatsbürgerlichen Rechte volle Freiheit gewährt und der
Personen, Güter- und Nachrichtenverkehr sowohl inner-
halb des besetzten Gebietes wie auch zwischen dem be-
setzten Gebiet und dem übrigen Deutschland von allen
Beschränkungen befreit werden müßte, sowie daß endlich
eine möglichst weitgehende Erleichterung in den Ein-
quartierungslasten einzutreten habe.

Insbondere gehe die deutsche Regierung auch davon
aus, daß nunmehr die Zollgrenze mit der Reichsgrenze
zusammenfallen müsse. An der Hand des Abkommens
entwickelte Bewald bei jedem Artikel die wichtigsten
deutschen Punkte. Der Vertreter Frankreichs erwiderte,
daß die hier vermittelte Kommission das Abkommen
selbst ausgearbeitet habe, und daher versichern könne,
daß sie von dem Wunsch geleitet gewesen sei, die Lasten
für die Bevölkerung des besetzten Rheinlandes so sehr
wie möglich zu erleichtern. Im übrigen seien die vom
Vorstand der deutschen Kommission aufgeworfenen
Fragen so vielfältig und so schwerwiegend, daß eine
sofortige Antwort darauf nicht gegeben werden könne.
Die Alliierten Regierungen müßten vielmehr in Gemein-
schaft mit den Alliierten in weitgehende Beratungen
eintreten und zu jeder der zur Erörterung stehenden
Fragen Stellung nehmen. Er schloß deshalb vor, die
Verhandlungen erst fortzusetzen, wenn die Prüfung auf
seiner der Besatzungsmächte abgeschlossen sei. Er wurde
alsdann die Kommission nach Ablauf einiger Tage zu
einer neuen Sitzung einladen. Der deutsche Vertreter
erklärte sich damit einverstanden. Die Kommission wird
nach Deutschland zurückkehren und die Verhandlungs-
pause dazu benutzen, mit den Abgeordneten und sonstigen
Sachverständigen aus dem besetzten Gebiet über die
Einzelheiten des Abkommens in Beratungen einzutreten.

Zur Friedensfrage.

Vom früheren Kaiser.

Wie das „Niederländische Corr. Bureau“ erzählt, ist
an maßgebender niederländischer Stelle nichts darüber
bekannt, daß eine Note der Alliierten bezüglich der
Auslieferung des Kaisers an die Niederlande abgesandt
worden ist.

Nach einer Reuter-Meldung fragte im englischen
Antichause George Lambert, ob Vorschlagsmaßnahmen ge-
troffen worden seien, um eine Rückkehr des Kai-
sers nach Deutschland und damit die Möglich-
keit weiterer englischer Menschenverluste zu verhindern.
Bonar Law erwiderte: Alle Schritte, die wir in dieser
Richtung für möglich hielten, sind ergriffen worden.

Die Blockade.

Wie aus Paris gemeldet wird, soll gleichzeitig
mit der Aufhebung der Blockade die Aussicht ab-
geschafft werden, die bisher vom Obersten Wirt-
schaftsamt ausgesandt wurde. Danach würde es jedem
Franzosen freistehen, mit deutschen Geschäftsteuten und
Unternehmern in Verbindung zu treten.

Elzass-Lothringen.

Die Einbeziehung Elzass-Lothringens in den fran-
zösischen Staatsverband wird durch einen feierlichen
Akt im ehemaligen Statthalterpalast in Straßburg er-
folgen. Als Termin ist der Tag vorgesehen, der der
Ratifikation des Friedensvertrages durch das fran-
zösische Parlament folgt. Der Generalkommissar Mil-
lerand leitet die Feier, welcher voraussichtlich auch Cle-
menceau, Foch und mehrere französische Heerführer,
sowie Vertreter der Verbandsmächte beizubehalten werden.
In einer amtlichen Erklärung wird gesagt werden, daß
von diesem Tage an alle in Elzass-Lothringen wohnen-
den, aber auch außerhalb des Landes sich aufhaltenden
Elzass-Lothringer als französische Staatsangehörige zu
betrachten seien.

Die diplomatischen Beziehungen.

Die französische Regierung ist, wie verlautet, der
Ansicht, daß die Zulassung eines deutschen dip-
lomatischen Vertreters in Frankreich nicht möglich ist, bevor das Friedensabkommen in

Wirkung tritt. Wahrscheinlich wird Frankreich vorläuf-
fig auch noch nach der Ratifikation des Friedensabkom-
mens in Berlin durch einen Geschäftsträger vertreten
sein und mit der Ernennung eines Botschafters so lange
warten, bis die Bestimmungen des Vertrags durchge-
führt sind.

Verhandlungen über das Rheinland.

Unterstaatssekretär Bewald begab sich mit einer
Kommission nach Paris, um dort über das Abkom-
men betreffend die Belegung der Rhein-
lande zu verhandeln. Gleichzeitig reiste die Kom-
mission betr. den Wiederaufbau des besetzten
französischen Gebietes ab. An ihrer Spitze steht Unter-
staatssekretär Schröder vom Finanzministerium. Die
beiden Kommissionen arbeiten getrennt voneinander.

Wann endigt der Kriegszustand?

Wie die „Berliner Volkszeitung“ meldet, wird die
Frage, welches Datum als Ende des Krieges zu gelten
habe, durch eine Verfügung der Regierung gelöst wer-
den. Bald nach der Ratifikation wird der Reichsprä-
sident eine Verfügung über die Beendigung des Kriegs-
zustandes erlassen. Diese Verfügung muß erlassen wer-
den, weil manche Gesetze noch geraume Zeit nach Be-
endigung des Kriegszustandes Geltung haben.

Französische Stimmen.

Zur Ratifizierung des Friedensver-
trages ist das „Zeit Journal“: Die National-
versammlung hat sich vor dem Unvermeidlichen gebeugt;
um die Aufhebung der Blockade zu erlangen, hat man
die Entscheidung beschleunigt. — Et Price meint im
„Journal“: Die Franzosen sind genügend aufgestellt,
um zu wissen, welche Bedingungen der raschen Unter-
werfung zu Grunde liegen. — Der „Excelsior“ sagt: Es
wäre Antikrieg und gefährlich, hinsichtlich der Frage der
Durchführung des Friedensvertrages nicht einige Reser-
ven zu machen. Es sind durch die Tatsache berechtigt,
daß 115 Mitglieder der Nationalversammlung gegen
die Ratifikation gestimmt haben. Das ist eine beträch-
tliche Widerarbeit, mit der man in Zukunft rechnen
muss. Die Alliierten haben auch daran gedacht. Der Be-
weis hierfür ist die englisch-französisch-amerikanische Mi-
litärmission. — Der „Gaulois“ ist der Ansicht, die Deut-
schen betrachten ihre Niederlage als ein verheißenes Ge-
schick und wünschen die Vergangenheit so schnell wie
möglich zu liquidieren und die Arbeit raschstens
wieder aufzunehmen. — Clemenceau: „Homme Libre“ iro-
nisiert Möllers Erklärung: Die beste Politik des Deut-
schen Reichs sei in diesem Augenblick Gerechtigkeit.

Die Nationalversammlung.

Beimar, 9. Juli.

Eine auf heute vormittag 10 Uhr anberaumte be-
sondere Sitzung der Nationalversammlung, auf deren
Tagesordnung einziger Punkt „Ratifizierung
des Friedensvertrages“ stand, wurde von
Präsident Fehrenbach erst um 10.45 Uhr eröffnet.
Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Von der Deutschnationalen Volkspartei wurde fol-
gende Entschließung vorgelegt: Die gesetzge-
bende deutsche Nationalversammlung wolle beschließen,
die Ratifikationen vorzunehmen unter dem ausdrücklichen
Vorbehalt: 1. daß vor dem Inkrafttreten der Art. 227
bis 230 von Lehren des Völkerrechts von Auf ein
Entscheiden darüber eingeholt wird, ob es nach den an-
erkannten Grundsätzen des Völkerrechts zulässig oder üb-
lich und gerechtfertigt erscheint, mit rückwirkender Kraft
einen Gerichtshof zur Aburteilung vorhergegangener an-
geklagter Verbrechen gegen das Völkerrecht einzusetzen und
auf vorher noch nicht angebrochene Strafen zu erkennen;
2. daß im Interesse der Gerechtigkeit zur Untersuchung
der Frage der Schuld am Kriege ein neutraler Gerichts-
hof eingesetzt wird. — Zu dieser Entschließung wird in
der zweiten Lesung Stellung genommen werden.

Minister des Innern Müller: Aufrechterhalten
bleibt heute und immer unser einmütiger Protest gegen
diese Verträge gewordenen Vergewaltigung. (Lebh. Beif.)
Aufrecht erhalten bleibt aber auch unsere Zusicherung der
Vertragsbefreiung bis zum äußersten. Aber für die
Grenzen der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld und
kein Vorwurf treffen. Wir haben die Ratifikation be-
schleunigt, da uns die Aufhebung der Blockade in Aus-
sicht gestellt wird. Wenn das Wort Frieden nicht jeden
Sinn verlieren soll, muß die Rückgabe der Gefangenen
erfolgen. (Lebh. Beif.) Wir danken für die Für-
sorge der neutralen Staaten, bei denen unsere Kriegs-
gefangenen Rettung und Erholung gefunden haben. Wir
danken diesen Völkern und dem Papst von ganzem Her-
zen. (Lebh. Beif.) Wir danken dem Noten Agenten. Wir

haben nicht die Macht, zu verhindern, daß ein Teil von Deutschland abgerissen wird, der unserem Volke nach Ethnie und Sprache zugehört, ohne daß die Bevölkerung vorher das Recht erhält, nach freiem Willen über ihre Staatszugehörigkeit zu bestimmen. Wir wollen aber diesen Deutschen versichern, daß sie nie vergessen, wie wir auch fest vertrauen, daß sie uns niemals vergessen und verleugnen werden. Im übrigen wollen wir unser deutsches Haus mit allen Kräften, die uns verbleiben, so ausgestatten, daß in unseren Schwestern und Brüdern, die uns entrissen werden, das Bewußtsein nationales Zugehörigkeit wach bleibt, bis auf friedlichen Wege in hoffentlich nicht zu ferner Zeit in einem wahren Bunde der Völker alle strittigen nationalen Probleme eine gerechte, d. h. den Willen der Völker achtende Lösung finden. (Lebh. Beif.)

Abg. Krätzig (Soz.): Mit der Ratifikation fallen die Schranken, die Hunderttausenden von deutschen Kriegsgefangenen den Weg in die Heimat und zur Familie versperrt haben. Wir protestieren gegen den Gewaltfrieden, der die Versöhnung der Völker hintertreibt und Europa zu einem Explosionsherd für neue blutige Kriege zu machen droht. Wie werden wir uns damit abfinden, daß man unser Vaterland in Stücke reißt und eine große Anzahl von Volksgenossen unter fremde Herrschaft bringt. Unzerstörbar bleibt das Bündnis mit Oesterreich und immer bleibt die Hoffnung, daß alle Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts in einem Einheitsstaat vereint werden. Proteste erheben wir gegen die Beschlagnahme der Kolonien. Wer unser Volk als den allein Schuldigen am Kriege hinstellt, der spricht wesentlich eine Unwahrheit aus. Der Krieg war nicht das Werk einzelner Personen, sondern des imperialistischen internationalen Kapitalismus. Wir werden uns bemühen, den Vertrag loyal durchzuführen. Wir sind überzeugt, daß eines Tages sich die Macht der internationalen Klassenbewußten Arbeiter stärker erweisen wird, als der Imperialismus. Dann wird auch das Anrecht dieses Friedens widerrufen werden.

Abg. Spahn (Ztr.): Der Friedensvertrag entspricht nicht den Grundsätzen des die Völker verbindenden christlichen Geistes, sondern er ist das Ergebnis einer bis über den Friedensschluß verfolgten Unversöhnlichkeit. Wir stimmen trotzdem dem Friedensvertrag zu, nicht aus freiem Willen und innerer Überzeugung, sondern um uns vor Zerfall zu retten und um unser Volk und Vaterland vor dem Untergang zu bewahren. Binnen kurzem wird sich zeigen, daß der Friedensvertrag in vielen und wesentlichen Teilen unerfüllbar ist. Schon deshalb ist eine baldige Revision eine unabwendbare Notwendigkeit.

Abg. Traub (Deutschland): Wir sind uns den Folgen einer Ablehnung voll bewußt. Redner beschäftigt sich sodann in großer Breite mit den Reden Lloyd Georges und Clemenceaus.

Abg. Dr. Wahl (Deutsche Volksp.): Die Deutsche Volkspartei wiederholt nach bestem Wissen und Gewissen ihre Ablehnung im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die sie vor der Weltgeschichte und dem deutschen Volk übernimmt. Sollte dieser Frieden jetzt zum Völkergesetz erhoben werden, so werden wir niemals seine Rechtsbeständigkeit anerkennen. Wir lehnen einen solchen heute und immer ab. (Beifall und Handklatschen.)

Präsident Fehrenbach: Ich mache darauf aufmerksam, daß auch die Angehörigen des Hauses nicht in die Hände klatschen dürfen. (Widerspruch rechts und Unruhe.)

Abg. Henke (Unabh. Soz.): Durch unsere Initiative ist die Regierung zur Unterzeichnung des Friedens veranlaßt worden. (Gelächter im ganzen Hause.)

Abg. Winnig (Soz.) erklärt im Namen der Abgeordneten des deutschen Ostens: Die Bestimmungen des Versailles Friedens entziehen in ihrer Gesamtheit der von den verbündeten Mächten selbst geforderten Rechtsgrundlagen. Darauf gestützt legen die Abgeordneten des Ostens zugleich im Namen der von ihnen vertretenen Völker in dieser weltgeschichtlichen Stunde einmütig feierlich Verwahrung ein gegen die Zerstückelung des deutschen Ostens. Auch wird der Tag kommen, da der Sieg des Rechts das Unrecht von Versailles wieder gutmachen wird. (Lebh. langanhaltender Beifall.)

Abg. Alkotte (Ztr.) legt im Namen der Abgeordneten und der Bevölkerung der im Westen von Deutschland losgerissenen Gebiete Verwahrung gegen das Unrecht ein, das den Ländern und der Bevölkerung dieser Gebiete geschieht, desgleichen der Abg. Waldstein (Dem.) im Namen der Abgeordneten Schlesia-Vollsteins

Nach einer kurzen Pause wird die Vorlage in zweiter Lesung beraten. Ueber den Antrag der Deutschenationalen entspinnt sich eine lebhafteste Debatte, in der die Demokraten der Rechten vortraben, mit dem Antrag parteipolitische Ziele zu verfolgen.

In der Abstimmung wird der Antrag der Deutschenationalen abgelehnt. Schließlich wird die Vorlage in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 115 Stimmen in dritter Lesung angenommen.

Nächste Sitzung: Nachmittags 3 Uhr. Schluß 1 20 Uhr.

(Nachmittags-Sitzung)

Am Regierungstisch Rauer, Dr. David, Erzberger und Bell.

Präsident Fehrenbach eröffnet die neue Sitzung um 3.25 Uhr.

Die erste Beratung der Steuervorlage wird fortgesetzt.

Abg. Graf v. Posadowsky (D. Natl.) äußert Zweifel, ob die Nationalversammlung überhaupt der autorisierende Ort für die Beratung der Steuervorlage ist.

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

76) Nachdruck verboten.

Dann erhielt er, zwei Tage vor seiner Abreise nach Ramberg, Jostas Brief. Er enthielt nur wenige schwermütliche Worte. Aber dieser Brief versetzte ihn doch in einen Rausch des Entzückens. Daß sie nur an ihn gedacht hatte, machte ihn selig. Er bedeckte das tote Papier mit seinen Küssen. Es schien ihm lebendig geworden, dadurch, daß ihre Hand darauf geruht hatte. Und auch diesen Brief barg er nun mit Spitzentuch auf seinem Herzen. Am nächsten Vormittag machte er sich selbst auf den Weg nach dem Atelier, um die Zeichnung für Josta abzuholen. Er war ihm ein lieber Gedanke, sich für sie bemühen zu dürfen.

Auf seinem Wege mußte er die Linden passieren. Und da sah er plötzlich vor sich eine schlante junge Dame gehen. Sie trug ein Fußfreies, elegantes Straßenkostüm und schritt leicht und elastisch aus.

Graf Henning zuckte zusammen und sah mit großen Augen hinter dieser vornehmen, schlanken Erscheinung her. Wie gebannt hing sein Blick an den dicken, kastanienbraunen Flechten, die unter dem kleinen, modernen Strohhut hervorquollen.

„Das ist doch Josta!“ dachte er.

Aber dann lachte er sich selbst aus. Und doch folgte er der Dame jetzt mit schnellen Schritten, um sie einzuholen. Seine Blicke hingen wie gebannt an ihr. Das war Jostas schlante Gestalt, war ihre Art, zu gehen, den Kopf zu halten, und es war genau ihre Haarfarbe ihr starkes, üppiges Haar.

„Konnte es nicht dennoch möglich sein, daß sie überraschenderweise nach Berlin gekommen war, vielleicht um Einkäufe zu machen?“

Immer schneller schritt er aus und hatte die Dame fast erreicht, als sie plötzlich vor einem Schaufenster stehen blieb. So wandte sie ihm ihr Profil zu. Ein feiner, weißer Schleier verhüllte das Gesicht nur wenig.

Ja — es war Josta. — Das Blut stieg ihm in jähler Glückseligkeit zum Herzen. Schnell trat er neben sie.

„Josta — liebe Josta!“ rief er mit erregter, freudiger Stimme. Und in seinen Augen leuchtete es auf. Die junge Dame wandte ihm voll ihr Gesicht zu — und — Graf Henning trat mit einer Entschuldigung enttäuscht zurück.

Wohl waren es auch Jostas dunkle Augen, die ihn anblickten aus diesem Mädchen Gesicht, wohl waren ihre Züge auch ganz ähnlich, aber Josta war es nicht, es war eine fremde junge Dame, vielleicht noch einige Jahre jünger als Josta.

Die Fremde sah den jungen Offizier überrascht an. Es war, als wollte sie etwas sagen; ihr Blick hing eine Weile an seinen Augen, und ein schelmisches Lächeln umspielte ihren Mund. Graf Henning strich sich über die Augen. Dies Lächeln mit dem kleinen, winzigen Grinsen neben dem feingezichneten Mund — das war wie ein neckender Spott — es war Jostas Lächeln. Es brachte ihn vollends aus der Fassung.

Die junge Dame gab sich jedoch, ohne zu antworten, einen Ruck und ging schnell weiter.

Graf Henning starrte ihr nach wie einer Traumgestalt.

„Ich glaube, ich habe Halluzinationen“, dachte er fassungslos, „oder Josta hat eine Doppelgängerin.“

Endlich ermannete er sich und ging weiter — langsam hinter der jungen Dame her. Er tat das fast willenlos, und seine Augen ließen nicht von der grazios aussehenden jungen Dame.

Dicht am Pariser Platz verschwand die Dame plötzlich in dem Portal eines großen, vornehmen Hotels. Graf Henning ging noch ein Stück weiter, lehrte aber dann um und ging nochmals an dem Hotel vorüber. Wie magnetisch angezogen, sah er in das Vestibül des Hotels hinein. Und da sah er die junge Dame neben einer älteren Frau stehen, die ein schlichtes schwarzes Gewand trug und einen schwarzen, haubenartigen Hut, ähnlich, wie ihn Hausangestellte zu tragen pflegen. Sichtlich war diese Frau eine Untergebene; sie stand in bescheidenen Haltung vor der jungen Dame, die eifrig mit ihr zu reden schien. In Gedanken verloren, ging Graf Henning weiter. Er hätte gern noch einmal in die Augen der jungen Dame geblickt; aber sie sah nicht auf. Stehen bleiben, bis sie aufschah, wollte er

Die sollte sich doch ursprünglich nur mit der Verfassung beschäftigen und dann nur Wahlen ausschreiben.

Finanzminister Erzberger: Sämtliche Steuern befanden den ersten Willen, an der Sanierung der Finanzen mitzuarbeiten. Nach dem grundlegenden Gesetz ist die verfassungsgebende Nationalversammlung berufen, dringende Reichsgesetze zu beschließen. Das wichtigste aber ist die Sanierung unserer Finanzen. Der Friedensvertrag schafft ganz neue Verhältnisse in der Finanzverwaltung. Er wird ganz anders sein, als diejenigen glauben, die ihn uns aufzuzwingen wollen. Aus dem jetzigen Frieden, der nicht dauernd wird, wird bereinigt der deutsche Nationalstaat entstehen. In dieser Richtung wird auch der Finanzminister wirken. Die Steuerpflicht ist nicht eine Folge der Revolution, wie Graf Posadowsky behauptet hat. Es sind die besten der Kreise, die die Revolution benötigen, um vor der Steuer anzukommen. Die bestehenden Kreise haben durch ihrer Vaterlandsliebe ein äußerst trauriges Bild ausgefüllt. (Lebh. Beif. links.)

Abg. Wurm (Unabh. Soz.): Von dem Geiste der neuen Zeit ist in dieser Vorlage auch nicht eine Spur zu finden. Sollen wir uns eine Sozialisierung im Sinne von Marx und Engels, also eine Sozialisierung, die wirksam der Allgemeinheit zugute kommt, beschließen, dann wird auch für die Arbeitermassen das Wort gelten: Arbeit und nicht verzweifeln!

Abg. Bede-Hessen (Vollsp.): Die Kritik, die Herr Erzberger an der Amtsführung Kaiserreichs übte, war schon deshalb unangebracht, weil sie vor der hohen Tribüne dieses Hauses einem Manne gegenüber folgte, der sich hier nicht verteidigen kann und mit der der Finanzminister eine sehr erste Pressefeste auszuhalten im Begriffe ist. Erstaunlich ist, daß der Staat zwischen Reich und Einzelstaat über die Ausübung der Steuerquellen verschwunden ist. Wir brauchen eine gesunde Mischung von direkten und indirekten Steuern. Eine dieser Steuervorlagen hätte uns allerdings früher vorgelegt werden sollen. Man kann nicht einen solchen Kibbel von Steuern über das Volk ausgießen, ohne den ganzen Besteuerungsplan der Regierung zu kennen. Das Finanzministerium muß uns einen Plan vorlegen, wie hoch der Gesamtbedarf ist und wie es sich diese Deckung denkt. Damit schließt die Besprechung.

Die sämtlichen Steuervorlagen werden auf Antrag Schiffer's (Dem.) an drei Ausschüsse von je 21 Mitglieder verwiesen. Das noch zur dritten Lesung bereitstehende Reichsbedienstetengesetz wird an einen Ausschuss verwiesen.

Schluß 8½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 8 Uhr — Tagesordnung; Verfassungsentwurf.

Weimar, 10. Juli.

Die erste Beratung des Verfassungs-Gesetzeswurfs wird bei dem 7. Abschnitt Reichspresse-Gesetz 101—106 fortgesetzt.

Berichterstatter Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Art. 10 bestimmt: Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch das Reichsgericht und die Gerichte der Länder ausgeübt. Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

Dazu liegt ein Antrag Agnes (U. S.) vor, der für die Ausübung der Gerichtsbarkeit nach dem Reichstagswahlrecht Zustandekommen der Volksgerichte verlangt, denen auch die Soldaten unterworfen sind. Militärgerichte und Ausnahmegerichte jeder Art sind verboten.

Staatskommissar Dr. Preuß: Was eine Verfassung überhaupt tun kann, um die Grundlage für ein Recht zu schaffen, das ist hier versucht. Durch Ausübung der Gerichte an die Leidenschaft der politischen Wahl wird dieses Ziel sicher nicht erreicht. (Beifall.)

nicht. Sein Benehmen mußte ihr schon reichlich fällig gewesen sein.

Diese Begegnung hatte aber seine Sehnsucht nach Josta nur noch verstärkt. Er rief einen Wagen und fuhr nach dem Atelier, um die Zeichnung zu holen. Weil seine Zeit etwas kurz geworden war durch diese Zwischenfälle. Als er dann nach Hause fuhr, mußte Josta die Linden kreuzen. Weil gerade die Josta zeuge in anderer Richtung passierten, mußte sein Wagen an der Ecke der Friedrichstraße halten. Und da sah er nochmals die junge Dame mit den kastanienbraunen Flechten. Ganz dicht vor sich sah er das feine Lächeln mit dem süßen Profil. Die Fremde sah mit dem schwarz geteildeten Braut in einem Auto und fuhr ihm vorüber.

Als habe sie seinen Blick gespürt, so wandte sie sich zur Seite, und sah ihn mit den großen dunklen Augen an. Sie erkannte ihn wieder. Das leise Schelmischlächeln huschte wieder um ihren Mund. Aber sie war so schnell an ihm vorüber. Hätte er gehört, was die junge Dame mit ihrer Begleiterin sprach, so wäre er wohl noch viel unruhiger geworden. Das Gespräch zwischen den beiden Frauen wurde in englischer Sprache geführt, so wie die Amerikaner in dieser Sprache reden.

„Maggie, da sah der junge Offizier in einem Wagen am Straßenübergang, der mich vorher mit Josta anredete. Er sah mich auch wieder so seltsam an. Ist das nicht sonderbar?“ fragte die junge Dame, die Josta so ähnlich war.

„Ja, Miß Gladys, es ist sehr sonderbar. Aber es wird sein, wie Sie denken, der Offizier wird ein ganz Bekannter sein von Josta von Waldow. Und sie mag Ihnen sehr ähnlich sein,“ erwiderte die mit Maggie geredete.

Miß Gladys nickte mit glänzenden Augen.

„Du kannst dir wohl denken meine gute Maggie, daß ich nun noch ungeduldiger geworden bin, Josta von Waldow von Angesicht zu Angesicht gegenüber zu sehen. Wenn wir hier in Berlin unsere Einkäufe besorgen, so hoffe ich Nachricht zu haben, wo sie lebt und wo ich sie finden kann. Dann reisen wir sogleich ab. Weißt du meine gute Maggie, daß ich am liebsten den jungen Offizier nach ihr gefragt hätte?“ (Fortsetzung folgt.)

nach lebhafter Debatte wird Artikel 101 unter Ver-
sicherung des Antrages (M. S.) in der Ausschuss-
sitzung angenommen. Artikel 102: Ernennung der Rich-
ter auf Lebenszeit. Zulässigkeit der Befestigung einer Al-
tersgrenze für Richter durch die Landesgesetzgebung
wird ohne Erörterung angenommen.
Artikel 103 bestimmt: Ausnahme gerichte
sind unstatthaft. Niemand darf seinem ge-
setzlichen Richter entzogen werden. Die gesetz-
lichen Richter sind in der Verfassung und in den Gesetzen
über die Organisation der Justiz und die Organisation der
Gerichte nicht berührt. Artikel 104 bestimmt, die Mil-
itärgerichtsbarkeit ist aufzugeben außer für Kriegszeit.
Das Nähere regelt ein Reichsgesetz.
Die unabhängigen Sozialdemokraten beantragen die
Erziehung dieser beiden Artikel in Konsequenz ihres
Antrages wegen der Volksgerichte. Die Sozialdemokra-
ten Bauer und Genossen beantragen die Militärgerichts-
barkeit ist aufzugeben (statt ist aufzuheben).
Abg. Gröber (Ztr.) beantragt zu Artikel 103
den Zusatz: Die militärischen Ehrengerichte sind auf-
gehoben und in Artikel 101 die Einschränkung, daß die
Militärgerichtsbarkeit auch auf die Verhältnisse an Bord
beschränkt bleibt. Außerdem liegt eine Entschließung des
Ausschusses vor, das Gesetz über die Aufhebung der
Militärgerichtsbarkeit mit der größten Beschleunigung einzubringen.
Die Nationalversammlung muß erklären, daß sie keine
Behörde mehr haben will, die darauf achtet, daß die
Einsprüche des Zwecks gewahrt wird.
Kriegsminister Reinhardt: Es ist beabsichtigt,
eine Disziplinarkammer für das Heer neu einzurichten.
Es wird also genügen, wenn das Haus in irgendeiner
Form den Wunsch ausdrückt, daß die militärischen Eh-
rengerichte nicht wieder ausbleiben.
Reichswehrminister Roske: Die Militärgerichtsbar-
keit sofort aufzuheben, ist unmöglich. Es muß eine ge-
meine Übergangszeit geschaffen werden. Die Regierung
gibt die Versicherung, daß diese Übergangszeit so kurz
wie irgend möglich bemessen sein soll.
Abg. Falt (Dem.): Wenn die Regierung erklärt,
sie könne die Militärgerichte vorläufig nicht entbehren,
so müssen wir bei dem Kompromiß bleiben. Kriegs-
und Landesgerichte sind keine Militärgerichte; jene sind
heute ungenügend.
Abg. Gräfe (D. Natl.): Im allgemeinen haben
die Kriegsgerichte milde und wohlwollend gerichtet. Sie
dürfen durch die neue Verfassung nicht beeinträchtigt
werden. Die Reform der Militärgerichtsbarkeit halten auch
wir für nötig.
Abg. Graf zu Dohna (D. Vpt.): Die militäri-
schen Ehrengerichte dürfen nicht aufgehoben werden, weil
sie zur Aufrechterhaltung des Ehrgefühls im Heere not-
wendig sind.
Abg. Davidson (Soz.) stimmt dem Antrag des
Abg. Gröber auf Aufhebung der militärischen Ehrengerichte
zu und zieht im Vertrauen auf die Zusage, daß
das Gesetz über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit
mit größter Beschleunigung komme, den Antrag seiner Par-
tei zurück.
Abg. Dr. Delbrück (Deutschnall.): Ich warne
ernstlich vor der Beseitigung der militärischen Ehrengerichte.
Das wäre ein Ausnahmegericht gegen den Offi-
ziärsstand, da auch die Anwälte, Ärzte und andere
Stände Ehrengerichte haben.
In der Abstimmung wird Artikel 103 mit dem An-
trag Gröber angenommen.
Artikel 104 wird mit einem Antrag Gröber (Auf-
rechterhaltung der Militärgerichtsbarkeit auch an Bord)
angenommen. Ebenso wird die Entschließung des Aus-
schusses angenommen. Damit ist der Abschnitt der Rechts-
pflege erledigt.
Nächste Sitzung Freitag vormittag 10 Uhr.
Tagesordnung: Kleine Anfragen und Verfassungs-Ent-
wurf. — Schluß 12 Uhr.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— * Über die Lage im Reichswirtschafts-
ministerium verläutet von zuständigen Stellen, daß
ein Abschiedsgesuch des Reichswirtschaftsministers
vorgelegt, und daß auch über die Persönlichkeit seines et-
welchen Nachfolgers nichts Bestimmtes gesagt werden
kann. Sicher ist, daß die Reichswirtschaftsminister den Po-
sten des Reichswirtschaftsministers für sich beanspruchen,
und daß das Kabinett auch entschlossen ist, diesem Wan-
sche Rechnung zu tragen. Mit aller Bestimmtheit wird
erwartet, daß ein etwaiger Personalwechsel im
Reichswirtschaftsministerium nicht dahin ausgeht,
daß der bisherige Reichswirtschaftsminister, als ob nunmehr einer freien Wir-
tschaftspolitik, wie sie mit dem Begriff Man-
agement gekennzeichnet wird, für und Tor geöffnet
werden solle. An einer strengen Überwachung der Ein-
und Ausfuhr werde auf jeden Fall festgehalten wer-
den; eine Anzahl Einfuhrverbote würden bestehen blei-
ben oder erlassen werden. Ein Hauptaugenmerk werde
die Regierung auch in Zukunft darauf richten, daß
eine gleichmäßige Rohstoffbelieferung
der deutschen Industrie statfinde, und daß lebenswichti-
ge Industrien vor den Luxusindustrien mit Rohstoffen
versorgt würden. Der leitende Gedanke unserer zukünf-
tigen Wirtschaftspolitik sei und bleibe der, für ausrei-
chende Arbeitsbeschäftigung in Deutschland zu sorgen und
ein Ueberschreiten des deutschen Marktes mit ausländi-
schen Fertigwaren zu verhindern.
— * Wie nunmehr feststeht, wird der Stichtag
für die große Vermögensabgabe der 31.
Dezember 1919 sein. Dieser späte Zeitpunkt ist gewählt
worden, um einmal die Vermögensverluste infolge des
Krieges und der Revolution zu berücksichtigen und an-
derserseits nicht nur die Kriegsgewinne, sondern auch die
Revolutionsgewinne fassen zu können.
— * Der bisherige Ministerialdirektor im Reichs-
finanzministerium Stefan Osle ist zum Unter-
staatssekretär in demselben Ministerium er-
nannt worden. Sein Nachfolger auf dem Posten des
Ministerialdirektors ist Geheimrat Zapp, bisher gleich-
falls im Finanzministerium.

Deutsch-Österreich und Ungarn.

Der österreichische Staatssekretär Bauer ließ durch
die österreichische Gesandtschaft in Budapest dem unga-
rischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten

eine Note überreichen, in der es heißt, die deutsche
österreichische Regierung sehe sich in An-
betracht der Nachschüsse einiger der ungarischen
Gesandtschaft zugewiesenen Organe und mit Rück-
sicht auf die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen
veranlaßt, mitzuteilen, daß der gegenwärtige unga-
rische Gesandte in Wien der deutsch-österreichischen Regie-
rung nicht mehr genehm und um die Ernennung einer
Persönlichkeit zu bitten, die mit den beklagenswerten
Vorfällen der jüngsten Zeit nicht belastet und geeignet
ist, ein für das freundschaftliche Verhältnis beider
Staaten gütliches Wirken zu entfalten.

Allerlei Nachrichten.

Vom Großherzog von Oldenburg.

Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit dem
früheren Großherzog Friedrich August
hat jetzt dadurch ihren Abschluß gefunden, daß er den
vom Landtag genehmigten Vertrag ablehnte. Die Zah-
lung der Jahressumme von 150 000 Mark unterbleibt,
dagegen behält der Großherzog die Gemäldesammlung. Die
Uebnahme derselben auf den Staat für 5 Millionen
Mark ist abgelehnt. Nun wird die Galerie verkauft,
sie hat noch Schätzung von Kunstexperten einen Wert
von 15 Millionen Mark. Es sind bereits Kaufinteressenten
aufgetreten. Die Sammlung geht wahrscheinlich in die
Hände amerikanischer Finanzleute über. Der Großher-
zog hat überhaupt auf Rente verzichtet, so daß kein
Prozeß mehr entsteht.

March der Roten Armee gegen Wien.

Wie die Wiener Blätter melden, werden auf den
von Ungarn nach Nieder-Österreich füh-
renden Straßen seit einigen Tagen Teile der roten
Armee zusammengezogen, die aus der Slowakei kom-
men und durchaus verlässliche Anhänger des Regimes
Velsa Kunz sein sollen. Besonders in Mittenburg
nordöstlich des Neusiedler-Sees, ständen vier bis fünf-
tausend Mann roter Truppen zum Einsatz in Nieder-
Österreich bereit. Es sei offensichtlich, daß diese Trup-
pen gegebenenfalls zum March gegen Wiener-Neustadt
und Wien selbst dienen sollten.

Die Unruhen in Italien.

Aus mehreren Städten Oberitaliens wird ein Wie-
deranstieg der Unruhen gemeldet. Nach
Mailänder Nachrichten sind die Verhandlungen bei den
römischen Arbeitsämtern mit den Behörden und Ge-
schäftsleuten gescheitert. Für Rom ist der so-
fortige Gesamtaustritt beschlossen worden. Ganz
Apulien ist von der Bewegung ergriffen, wo laut
„Avanti“ bereits Truppen zusammengezogen werden.
Auch in Sizilien mehren sich die Unruhen.

Kleine Meldungen.

Tresden Infolge des Ausstandes der
Arbeiter in den sächsischen Kohlenruben
ist die Einstellung des gesamten Eisenbahnverkehrs not-
wendig. Der Güterverkehr ist bereits eingestellt, der
Personenverkehr wird ebenfalls in Kürze eingestellt.
Nach einer späteren Meldung ist es gelungen, die Bun-
desrepublik Sachsen vor einer schweren wirtschaftlichen
Katastrophe zu bewahren. Der Streik im Lugau-
Schneeberg-Streikrevier und im Zwickauer Revier
ist beigelegt. Nach der Wiederaufnahme der Ar-
beit in den Bergwerken wird der Güterverkehr vorläuf-
ig wieder in Fluß kommen. Die Einstellung des
Personenverkehrs wird wahrscheinlich vermieden werden
können. Ob die Einführung des Sommerfahrplans
möglich ist, steht noch dahin.

Berlin Verschiedene Blätter haben die Nach-
richt gebracht, daß der frühere Reichsminister Graf
Brodorf-Rankau zum Nachfolger des Bot-
schafter Grafen Welser in Wien in Aussicht genommen
sein sollte. Von unterrichteter Seite wird dem Wolff-
Bureau mitgeteilt, daß diese Meldung den Tatsachen
nicht entspricht.

Berlin Die Frage der größeren Selbständig-
keit Oberschlesiens ist, wie verschiedene Blätter mel-
den, durch eine Verständigung erledigt worden.

Berlin Aus den energischen deutschen
Ansprüchen gestattete die Entente nunmehr die
Schiffbewegungen, die zum Abtransport der Deutschen
aus Ägypten und zur Räumung des Baltikums von deut-
schen Truppen nötig sind.

Berlin Der Berl. Lok.-Anz. meldet aus
Aachen: Die belgischen Besatzungstruppen sind am 6.
Juli von französischen abgelöst worden.

Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 12. Juli 1919.

* Die Ortskommandantur befindet sich
wieder im Schloß, Eingang Luisenstraße 7. Das Büro
ist geöffnet: vorm. von 9—10½ Uhr, nachm. von 2—4
Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Jeder,
der ein Anliegen an die Kommandantur hat, muß sich
vorher mit einem Ausweis im Bürgermeisterei
versehen.

* Die Kontrollversammlung der Demo-
bilisierten findet wie üblich statt.

* Nach Beendigung des Kurses hielt der Tanzklub
der Frau Julia Kuppel am letzten Samstag im
Saale des „Deutschen Kaisers“ seinen Schlußball
ab, wozu sämtliche Angehörigen der Tanzschüler
und nahezu vollzählig erschienen waren. Der Saal war
insolgedessen gut besetzt, ein Beweis, daß die Lebhaftigkeit
der Frau Kuppel hier allen Anklang gefunden hat. Die
vorgeführten Tänze rechtfertigten dies in vollstem Maße.
Auf vielseitige Veranlassung wurde eine Geldsammlung
veranstaltet, die unseren demnächst heimkehrenden Kriegs-

gefangenen zugute kommen soll. Als äußeres Zeichen der
Anerkennung überreichten die Tanzschüler ihrer Lehrerin
eine silberne Obstschale. Durch das gelungene Zusammen-
wirken der gesamten Darbietungen wurde die Stimmung
eine sehr angeregte, so daß man es bedauerte, daß die zur
Verfügung gestellte Zeit eine nur kurze war. Die vor-
geführten Leistungen der Tänzerin Fr. Willi Lu aus Mainz
fanden ganz besonderen Beifall.

* Forderungen der besetzten Gebiete
an das Reich. Eine Anzahl von Abgeordneten der
Rheinlande hat in der Nationalversammlung verschiedene
Anfragen über die feindliche Besetzung eingebracht. In ihnen
heißt es u. a.: Gemäß den Bestimmungen des Waffen-
stillstandsvertrages ist die linke Rheinseite mit den Truppen
der Entente bis zum Friedensschluß belegt. Diese Besetzung
wird noch andauern. Die Truppen liegen zumeist in Bürger-
quartieren; dadurch erwachsen der Bevölkerung und den
Gemeinden hohe Einquartierungslasten; außerdem finden
Requisitionen für Heereszwecke statt. Die Besetzung bringt
auch allerlei Sachbeschädigungen mit sich. Alle diese Lasten
und Schäden (Quartierlasten) sollen durch das Reich abgelöst
bzw. ergänzt werden. Bislang ist aber keine genaue Fest-
stellung der Lasten und Schäden erfolgt und erst recht keine
Vergütung gewährt worden. Die Gemeinden haben teilweise
aus ihren Mitteln an die Belasteten Vorschüsse geleistet;
weil aber diese Gemeindevorschüsse von der Reichsregierung
nur langsam oder noch gar nicht zurückerstattet worden sind,
können die Gemeinden Vorschüsse nicht mehr leisten.

* Hinweis. Heute abend findet eine Versamm-
lung des Gefangenenvereins „Eintracht“ im Restaurant „zur
Rheinlust“ statt.

* Neue Sonntagszüge Wiesbaden-Mainz.
Zwischen Wiesbaden und Mainz sind neuerdings zwei
Zugpaare eingelegt worden, die Sonntags verkehren, und
zwar Wiesbaden ab 3.15 und 10.00 Uhr nachmittags,
Mainz ab 2.15 und 7.30 Uhr nachmittags.

* Nassauische Kriegsversicherung.
Die Abrechnung für die Nass. Kriegsversicherung und die
Feststellung der fälligen Leistungen sollen bedingungsge-
mäß 3 Monate nach Friedensschluß erfolgen. Die Direktion
der Nassauischen Landesbank in Wiesbaden machi daher
im Anzeigenteil dieses Blattes bekannt, daß die bisher
mit der Anmeldung ihrer Ansprüche noch rückständigen
Hinterbliebenen von Gefallenen und versicherten
Kriegsteilnehmern die gelieferten Anteilsscheine mit Sterbe-
urkunde umgehend einsenden sollen. Wir verweisen
auf die Bekanntmachung.

* Die Abführung der Arbeitgeber-
anteile an die Ersatzkrankentassen. Die
Nationalversammlung hat am 24. Juni 1919 ein Gesetz
verabschiedet, das am 29. Juni in Kraft getreten ist; danach
haben die Arbeitgeber ihr Beitragsanteil zur Kranken-
versicherung ihrer in Ersatzklassen versicherten Angeestellten
und Arbeiter ab 29. Juni nicht mehr an die gesetzlichen
(Orts-, Betriebs- und Innungs-) Krankentassen, sondern
unmittelbar an die berechtigten Ersatzklassen zu zahlen. Das
neue Gesetz hebt also den § 13 der Regierungsverordnung
vom 3. 2. 19. auf, nach dem der Arbeitgeberanteil für
Ersatzklassenmitglieder bekanntlich den gesetzlichen Tassen zur
freien Verfügung verbleiben sollte.

* Ein Raucherstreik ist in Wiesbaden von einer
Anzahl passionierter Raucher angezettelt worden. Vier
lange Wochen wollen sie auf den gewohnten Genuß ver-
zichten, um auf diese Weise gegen die fortgesetzte Preis-
steigerung und Verschlechterung aller Tabakfabrikate zu
demonstrieren. Sie hoffen, daß alle Raucher das Gleiche
tun werden. — Ach du lieber Gott! Wie werden diese
Optimisten enttäuscht werden!

* Schwarz-rot-gold. Schwarz ist die Zukunft;
rot ist die Gegenwart; golden war die Vergangenheit.

* General Mangin greift die französische
Ehrenlegion. Dem Kommandierenden
General der französischen 10. Armee General Mangin
wurde das Großkreuz der französischen Ehrenlegion (die
höchste Ordensauszeichnung Frankreichs) verliehen und
durch Marschall Foch, dem Generalissimus der alliierten
Armeen zu Koblenz überreicht. Nach dem „Journal“ vom
9. Juli befiehlt das Dekret in Würdigung der Verdienste
des Generals: Als Armee-Kommandant, haben ihm ein
besonderer Geist der Entschlossenheit und eine unerschütterliche
Tatkraft gestattet, die fruchtbarsten Ergebnisse zu erzielen.
Nachdem er im Juni 1918 als Kommandant eines Armeekorps
einen großen Anteil an der Verteidigung der Gegend
nordwestlich von Compiègne genommen, hat er an der
Spitze einer Armee vom 18. Juli bis zum 26. Oktober
1918 eine Reihe von Angriffskampagnen ausgeführt, die die
Befreiung von Soissons und von Laon herbeigeführt und die
Aera der großen Erfolge der Entente herbeigeführt haben.

* Herborn. Zwischen der hiesigen Station und
Burg wurde der Bauunternehmer Gries aus Herborn
bei der Befestigung von Bahnerweiterungsarbeiten von
dem Gießen-Siegener Schnellzuge überfahren und getötet.

Landwirte führt Buch.

Die Zeitverhältnisse sind gegen früher gänzlich
verändert. Es ist gar sehr schön, wenn man in Bauern-
geschichten von einem kernigen Bauer des alten Schla-
ges liest, der andauernd schimpft über den modernen
Hirte, der geistlos hat, nie mit der Eisenbahn
zu fahren, nie den neuartigen Rindsdünger zu gebrau-
chen etc. Aber damit kommt man nicht weiter, sondern
man muß schließlich dabei zugrunde gehen. Denn unter
den heutigen Zeitverhältnissen ist es gar nicht mehr
möglich, daß man sich von allem abschließt und nur

Wir leben alle nach demselben Gesetz. Das Gesetz, in früheren Zeiten ging das. Das ging alles zur Zeit der sogenannten Naturalwirtschaft. Damals wurde in der eigenen Wirtschaft so ziemlich alles selbst erzeugt, was man zum Lebensunterhalte brauchte, auch die meisten Handwerksarbeiten wurden durch eigene Kräfte verrichtet. Und was man wirklich von außen brauchte, das zahlte man nicht mit Geld sondern mit es gegen Waren, gegen Naturalien eingetauscht. Die Abgaben wurden in Naturalien geleistet, die eigenen Arbeiter in Naturalien entlohnt. Aus diesen Gründen führt jene Zeit den Namen der Periode der Naturalwirtschaft. Diese Naturalwirtschaft ist aber heute abgelöst worden durch die Geldwirtschaft. Heute muß alles in Geld bezahlt werden, die Abgaben, die Löhne, die Steuern, die fremden Bedarfsartikel, die heute zudem gegen früher bedeutend zahlreicher geworden sind. Die Landwirtschaft ist am längsten in diesem Zustande der Naturalwirtschaft verblieben, während Handel und Gewerbe schon früh mit der Geldwirtschaft verknüpft waren. Der Handel und das moderne Gewerbe, die Industrie, waren nämlich von vornherein eigentliche Erwerbswirtschaften oder Unternehmungen, die ihre Betriebsmittel mit Geld bezahlten, ihre Produkte gegen Geld absetzten und dabei einen Ueberschuß zu erzielen suchten. Hierbei ist ein Spekulieren, ein Notieren und Rechnen unumgänglich notwendig.

Diese Notwendigkeit ergab sich im Laufe der Zeit auch für die Landwirtschaft. Das Rechnen wurde auch für die Landwirtschaft notwendig. Früher waren die Produktionskosten noch gering, solange noch extensiv gewirtschaftet wurde. Die Steigerung der Bedürfnisse erforderte mit der Zeit aber auch eine Steigerung der Produktion. Zu diesem Zwecke mußte der Betrieb intensiver gestaltet werden, d. h. es mußte mehr Kapital und mehr Arbeit zur vortheilhafteren Ausnutzung des Bodens angewandt werden. Damit stiegen naturgemäß auch die Produktionskosten zuerst bedeutend mehr als die Erträge. Man hatte nämlich geglaubt, daß jede Steigerung der Intensität, jeder höhere Aufwand auch einen um so höheren Ertrag bringen würde. Das war irrig. Man wurde darauf aufmerksam gemacht, und man begann jetzt zu rechnen, auf welche Weise günstige Erträge erzielt werden konnten. Aber immer war dieses Bedürfnis zum Rechnen bei allen noch nicht so dringend. Denn die Preise der landwirtschaftlichen Produkte standen zu hoch, Arbeitskräfte waren noch reichlich und billig zu haben, die Lebenshaltung auf dem Lande erforderte selbst nicht viel. Das alles wurde geändert im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts.

Von einer Konkurrenz in landwirtschaftlichen Produkten war früher nicht die Rede. Sowohl die Produktion wie der Konsum vollzog sich in einem engbegrenzten örtlichen Gebiet. Ein Absatz auf größere Entfernungen war wegen des Mangels an billigen Verkehrsmitteln nicht möglich. Mit dem Ausbau dieser Verkehrsmittel, mit der Schaffung billiger Transportmittel und mit dem Fortschreiten der Weltmarktbildung machte sich auch die scharfe Konkurrenz des Auslandes fühlbar. Jetzt heißt es rechnen, will man nicht der Konkurrenz unterliegen.

Ein denkender Landwirt paßt sich rechtzeitig der neuen Zeit an. Jeder Landwirt muß eine Buchführung haben, die nach Jahr und Tag Auskunft über jede Einnahme oder Ausgabe gibt und die am Jahresende eine Uebersicht über den Stand der Wirtschaft ergibt. Nur nicht denken, es ist bis jetzt ohne das Gesehrtsel gegangen und es wird auch noch weiter so gehen. Die gute, alte Zeit ist — Gott sei's gelobt! — für immer dahin.

Ruf nach ideellen Lebenswerten.

Das graufigste Bild bietet ein Volk, das der Materialie, dem sinnverwirrenden Tummel des Geldverdienens und des Genusses, verfallen ist. Da denkt man an Schillers Worte von der erhabenen Vernunft, der Himmelstochter, die, dem wildgewordenen Pferd des Aberwitzes an den Schwanz gebunden, dem Verderben entgegensteht. Der Aberwitz aber, der durch den Krieg entfesselt wurde, und jetzt allsonntäglich seine Orgien feiert, heißt: Wir sind auf Erden, um Geld zu verdienen und um Pläfer vom Leben zu haben.

Ist denn niemand mehr mächtig, diesem Aberwitz zu steuern? Wo ist denn unsere Familie? Wie konnte sie so sehr den Einfluß auf das heranwachsende Geschlecht verlieren, wie wir es täglich beobachten? Ist denn keine Lebensgemeinschaft mehr, keine Gemeinschaft der Verantwortung, der Sorge, der Pflicht und der Liebe? Haben denn die Mütter kein lebendiges Gewissen mehr für ihre Kinder, daß sie sterben möchten für sie? Hat niemand unserem jungen Volke gesagt, daß es sich verroht und verhandelt für die wunderbaren und schönsten Aufgaben des Lebens, indem es Schönheit und Lebenskraft zu Markte trägt, statt sie für seine Aufgaben zu versparen? Wo seid ihr, Pfleger der Familie? Seid ihr verstummt? Wißt ihr nicht mehr, was ihr sollt?

Und wo sind unsere ersten Jugendorganisationen, unsere Turnerschaft, unsere Fußball-Spielverbände? Haben sie unserer Jugend nichts mehr zu sagen oder zu lehren an Idealen? Wo sind jene, die früher das große Wort führten in Jugendpflege, in Abseits und Blumhagen? War es ihnen am Ende nicht so sehr um die Jugend und ihr Reifwerden zu tun? Wo bist du, Jugend, die erklärt, sie wolle keinen Vormund mehr, sie sei mündig? Ist das Mündigkeit, dieses Dummhungen- und Blasenwerk, das du treibst?

Nein, nein, so geht es auf die Dauer nicht weiter. Ein Volk, das seine Hand nach der Freiheit ausgestreckt und seinen Zwanzigjährigen die Freiheit der politischen Mitverantwortlichkeit anvertraut hat, und das nun des klügelnden Ernstes ermangelt, die Größe seiner Aufgabe und Verantwortung zu sehen, ein solches Volk kann die Freiheit nicht behaupten.

Soll ich denken, daß wir wiederum in die Unfreiheit zurückfallen? Daß dem deutschen Volke eine Periode der Verflorung bevorsteht? Fast fürchte ich es. Werdet frei, ihr Jungmänner und Jungfrauen, schüttelt das Joch des Materialismus endlich mal von euch ab! Werdet ernste, verantwortungsfreudige Menschen, damit ihr fähig werdet, Träger der Zukunft zu sein und nicht Verräther eines Volkes!

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Ortskommandantur befindet sich wieder im Schloß, Eingang Luisenstr. 7.

Das Büro ist geöffnet:

vorm. v. 9—10½ Uhr
nachm. v. 2—4 Uhr

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Jeder, der ein Anliegen an die Kommandantur hat, muß sich vorher mit einem Ausweis im Bürgermeisteramt versehen.

Der Ortskommandant:

Delbos.

Bekanntmachung.

Diejenigen Personen, welche in der Zeit vom 1. Mai bis 16. Juni 1919 Einquartierung gehabt, wollen die Entschädigung hierfür am Dienstag, den 15. Juli 1919 vorm. von 8—12 Uhr auf der Gemeindefasse in Empfang nehmen.

Betr. Kontrollversammlung.

Die Kontrollversammlung der Demobilisierten findet wie üblich statt.

Als gefunden ist gemeldet:

1 Bund Schlüssel.

Näheres auf Zimmer 1 des Rathauses.

Schierstein, den 12. Juli 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Bekanntmachung.

Der verehrten Einwohnerschaft Schiersteins zur gefl. Nachricht, daß ich die

Wirtschaft

Wilhelmstraße 58

übernommen habe.

Es wird mein Bestreben sein, die werthen Gäste in jeder Weise zufriedenzustellen.

Zum Auschank gelangt

Wormser Hypothekbräu.

Hochachtung

J. v.: Wilhelm Schmidt.

Herren-Sommer-Kleidung.

Eleganter Sommerpaletot Mk. 395

echt englisch, reine Wolle, wasserdicht

Herren-Waschanzüge Mk. 60., 67.

Waschjoppen Mk. 35., 48., 55., 78.

Lüster-Saccos Mk. 40., 48., 60., 80., 95.

Rohseidene u. helle Saccos Mk. 35., 48., 65.

Jünglings- u. Knabengrößen entspr. billiger

Eleg. Damen-Regenmäntel Mk. 325., 345.

echt englisch, la Gummi

Eleg. Damen-Regenmäntel und -Jacken

la Seide Mk. 195., 295., 395.

Bruno Wandt, Wiesbaden, Kirchgasse 56.

Fahrplanänderung.

Vom 11. Juli ds. Js. ab werden die zwischen Mainz und Wiesbaden verkehrenden Schnellzüge 1.—3. Klasse D 147/148 wie folgt über Mainz Hbf. geleitet.

D 147.		D 148.
9 ⁰⁰ vorm. ab	Saarbrücken	an 6 ¹⁵ nachm.
11 ⁴⁰ nachm. an	Bad Kreuznach	an 3 ²¹ "
12 ²⁰ nachm. an	Mainz Hbf.	an 2 ³⁵ "
12 ²⁵ nachm. ab	Mainz Hbf.	an 2 ⁴⁰ "
12 ⁴⁰ nachm. an	Wiesbaden	an 2 ¹⁵ "

Der seitherige Aufenthalt der Züge in Mainz-Mombach fällt weg.

Mainz, den 10. Juli 1919.

Eisenbahndirektion Mainz.

Genehmigt am 9. Juli 1919 durch die Interalliierte Kommission der Eisenbahnen der Rheinlande.

Schulranzen

Gedächte Auswahl.

Billigste Preise

officiert als Spezialität

A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnstrasse 10

Reparaturen.

Betr. Blumenkohl.

Herrn Wilhelm Wettstein, dem der Preis von Mk. 3.50 für einen Blumenkohl zu teuer ist, lade ich ein, in meine Gärtnerei zu kommen, wo er von mir den Blumenkohl billiger erhalten kann. Dem wird ihm zugleich auch die Gelegenheit geboten, meine Gärtnereianlagen zu besichtigen; das scheint doch wohl allein der Zweck seines Ausschreibens gewesen zu sein.

Joseph Martin,
Gärtnerei.

Geschäfts-Berlegung.

Der werthen Nachbarschaft und Kundenschaft zur Nachricht, daß ich mein

Obst- und Gemüsegeschäft

von der Thieles-Privatstraße 4 nach der Wilhelmstraße 58

verlegt habe.

Das mir bisher geschenkte Wohlwollen bitte ich auch fernerhin übertragen zu wollen.

Frau Anna Sattler.

Raffaische Kriegsverficherung.

Die Abrechnung für die im August 1914 errichtete Raffaische Kriegsverficherung soll bedingungslos 3 Monate nach Beendigung des Krieges (d. h. 3 Monate nach Friedensschluß) erfolgen. Es werden daher bisher mit der Anmeldung ihrer Ansprüche rückständigen Hinterbliebenen von gefallenen (oder vermissten) Kriegsteilnehmern aufgefordert, die gelösten Anteilscheine mit der großen standesamtlichen Sterbendeckung umgehend an uns einzusenden.

Jeder Empfangsberechtigte erhält nach Einlegung seiner Scheine und nach Anerkennung deren Gültigkeit eine Besätigungskarte über die vollzogene Vormerkung. Daher die gelösten Scheine bereits eingekandt und Besätigungskarte erhalten hat, braucht keine weiteren Schritte mehr zu unternehmen.

Das Ergebnis der Abrechnung und die Höhe der jeweils fälligen Leistung wird jedem Empfangsberechtigten nach der Abrechnung mitgeteilt.

Wiesbaden.

Direktion der Raffaichen Landesbank
(Abteilung: Kriegsverficherung.)

Kirchliche Nachrichten.

Evgl. Kirche.

Sonntag, 13. Juli 1919.

Vorm. 9½ Uhr Gottesdienst.

10½ Uhr Kindergottesdienst.

Nachm. 4 Uhr Bibelstunde

Pfr. Cunz.

Betten, Schränke, Comoden und verschiedene Möbel zu verkaufen. Zu erfragen

Wilhelmstr. 39.

Klavierunterricht

schnellverb. erl. Musiklehrerin aus Berlin Näh. b. S. Zehn, Viebricherstr. 3 I.

Passende

2-Zimmerwohnung

per sofort oder 1. September gesucht.

Gies, Viebricherstr. 21.

Bibelstunde

Sonntag, den 13. Juli ab 8½ Uhr Wilhelmstr. 39.

Betreuer: Herr Nebel.

Berreich

bis 23. Juli.

Rudolf G.

Dentist.

Ein guterhaltener, ständiges

Bett

und mehrere Stühle zu verkaufen.

Ch. Siegen

Wilhelmstr. 39.

Suche sofort 10—1500

Dickwurzplanzen

Gärtnerei Mainz

Wiesbadenerstr.